

JUNGE MENSCHEN IM

ABSOLUTS

JUNGE MENSCHEN IM ABSEITS

VERSCHLEUDERTES HUMANKAPITAL

JALE TOSUN & FELIX HÖRISCH

Seit vielen Jahren haben die Mitgliedstaaten der EU Schwierigkeiten, junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Insbesondere der Süden Europas ist betroffen – teils jeder Zweite der potenziell Berufstätigen zwischen 15 und 24 Jahren ist hier arbeitslos. Das an der Universität Heidelberg geleitete Verbundforschungsprojekt CUPESSE untersucht Ursachen und Auswirkungen von Jugendarbeitslosigkeit im Norden und Süden Europas unter Einbezug verschiedener Fachdisziplinen. Die Wissenschaftler wollen Handlungsempfehlungen für die Politik ableiten – auch um die eklatante Schere zwischen Nord und Süd schließen zu helfen.

M

Mit der Finanz- und Schuldenkrise hat die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Staaten Europas dramatische Ausmaße angenommen. Auf dem Kontinent sind derzeit knapp fünf Millionen junge Menschen arbeitslos. Damit beträgt das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit im Schnitt das Dreifache der Gesamtarbeitslosigkeit. Vielfach verläuft der Einstieg in den Arbeitsmarkt zudem nicht reibungslos – selbst wenn Berufsanfänger Arbeit finden, handelt es sich häufig um Zeit- oder Teilzeitarbeit. Die Folgen für die Betroffenen sind enorm: Sie haben Probleme, wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen und können nur eingeschränkt am sozialen und politischen Leben teilhaben.

Am stärksten betroffen von dieser Entwicklung sind die Staaten Südeuropas. In Spanien und Griechenland beispielsweise war im Juni 2015 knapp die Hälfte aller potenziell berufstätigen jungen Menschen arbeitslos, auch in Italien lag der Anteil bei immerhin gut 42 Prozent. Diese Länder stehen damit vor großen Herausforderungen. Zum Vergleich: In Deutschland betrug die Jugendarbeitslosigkeit zum gleichen Zeitpunkt 7,1 Prozent, in den Niederlanden 11,1 Prozent und in Österreich 10,3 Prozent. Aber auch einzelne Länder Nordeuropas wie zum Beispiel Schweden mit gut 20 Prozent weisen eine beachtliche Jugendarbeitslosigkeitsquote auf. Wie die vom Statistischen Amt der Europäischen Union, kurz Eurostat, erhobenen Daten zeigen, variiert der Anteil junger Menschen ohne Arbeit sowohl innerhalb Nord- als auch Südeuropas stark (siehe Grafik auf Seite 27). Insgesamt stellt Jugendarbeitslosigkeit folglich nicht nur ein Problem der südlichen Staaten, sondern von gesamteuropäischer Bedeutung dar.

EU-Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Seit den 1990er-Jahren gehört es zu den vordersten Zielen der Europäischen Union, ein hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen. Im November 1997 rief die EU zu diesem

„In Spanien und Griechenland war im Juni 2015 knapp die Hälfte aller potenziell berufstätigen jungen Menschen arbeitslos.“

Zweck die „Europäische Beschäftigungsstrategie“ ins Leben. Auch wenn die Beschäftigungspolitik damit auf EU-Ebene verankert wurde, obliegt die alleinige Gesetzgebungskompetenz in diesem Bereich damals wie heute den einzelnen Mitgliedstaaten. Mit ihren beschäftigungspolitischen Leitlinien und nationalen Aktionsplänen hat die EU allerdings ein Instrumentarium geschaffen, um die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu koordinieren und deren Umsetzung zu überwachen. Dieses als „offene Methode der Koordination“ bezeichnete Verfahren hebt darauf ab, die erfolgreichsten Strategien zu identifizieren und das wechselseitige Lernen von Mitgliedstaaten zu stimulieren.

Darüber hinaus hat die EU-Kommission 2012 im sogenannten Beschäftigungspaket eine Reihe von Maßnahmen aufgelegt, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Diese sind in drei übergeordnete Bereiche untergliedert. Zielsetzung des ersten Bereichs ist es, die allgemeine Nachfrage nach Arbeitskräften anzukurbeln und das Potenzial arbeitsplatzintensiver Branchen sowie die Mittelvergabe aus dem Europäischen Sozialfonds zu steigern. Der zweite Bereich beinhaltet Maßnahmen, die die Arbeitsmärkte reformieren und ihre Dynamik wiederherstellen sollen – etwa die Förderung von Flexibilität und lebenslangem Lernen sowie ein Beschäftigungspaket, das gezielt auf junge Menschen ausgerichtet ist. Weiterhin sollen Arbeitsplatzangebot und -nachfrage EU-weit besser abgestimmt werden, um einen europäischen Arbeitsmarkt zu schaffen. Zu diesem Zweck will man auch rechtliche und praktische Hindernisse für die Arbeitnehmerfreizügigkeit beseitigen. Der dritte Bereich schließlich hat zum Ziel, die Steuerung auf EU-Ebene zu verbessern, indem die Beschäftigungspolitik stärker koordiniert und überwacht wird.

Ergänzend zu den Maßnahmen des Beschäftigungspakets wurden Anfang 2012 Gelder aus den EU-Strukturfonds mobilisiert, um die Beschäftigungssituation junger Menschen in denjenigen Mitgliedstaaten zu verbessern, die zu diesem Zeitpunkt die höchste Jugendarbeitslosigkeit aufwiesen. Im April 2013 wurde auf europäischer Ebene darüber hinaus eine „Jugendgarantie“ eingeführt. Die einzelnen Länder haben demnach sicherzustellen, arbeitslosen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten eine hochwertige Arbeitsstelle, einen Ausbildungsbeziehungsweise Praktikumsplatz oder eine Weiterbildungsmaßnahme anzubieten. Zusätzlich wurde im Juli 2013 die „Europäische Ausbildungsallianz“ ins Leben gerufen, die eine qualitative und quantitative Verbesserung des EU-weiten Ausbildungsangebots anstrebt.

Ein wichtiges Instrument stellt auch die „Beschäftigungsinitiative für junge Menschen“ dar, die der Europäische Rat im Jahr 2013 beschlossen hat. Für den Zeitraum von 2014 bis 2020 stehen demnach insgesamt sechs Milliarden Euro für Maßnahmen zur Verfügung, die auf die

Beschäftigung der NEETs-Gruppe („not in education, employment or training“) abzielen. EU-Regionen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit bei über 25 Prozent liegt, erhalten als erste Zugang zu diesen Mitteln. Finanziert wird die Initiative jeweils hälftig vom Europäischen Sozialfonds und der eigenständigen Haushaltslinie „Jugendbeschäftigung“.

Jugendarbeitslosigkeit als eigenständiges Handlungsfeld

Wie diese vielfältigen Maßnahmen und Programme der EU zeigen, hat sich die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als ein eigenständiges Handlungsfeld innerhalb der europäischen Beschäftigungspolitik etabliert. Interessant ist, dass die EU hierzu bereits vor der Finanzkrise Mittel bereitgestellt hatte. Zunächst wurden damit vor allem Fortbildungs- oder Beratungsmaßnahmen bezuschusst. Zudem flossen die Gelder in Projekte, die einem frühen Schul- oder Ausbildungsabbruch vorbeugen, den Wiedereinstieg in die formale Allgemein- oder Berufsbildung fördern und den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben erleichtern sollten.

Insgesamt weichen die Programme zur Jugendarbeitslosigkeit deutlich von den klassischen Maßnahmen im Bereich der EU-Beschäftigungspolitik ab. Letztere beschränken sich im Wesentlichen auf Handlungsempfehlungen, wohingegen Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit inhaltlich konkreter formuliert sind und mit der Bereitstellung finanzieller Mittel einhergehen. Außerdem zielen sie stärker auf die verschiedenen individuellen sowie institutionellen Ursachen der Arbeitslosigkeit ab. Seitdem sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt zugespitzt hat, entfernt sich die Europäische Union zudem zunehmend von ihrer früheren Strategie, allein die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu stärken. Stattdessen versucht sie, Ausbildungssysteme und Arbeitsmärkte auch strukturell beziehungsweise institutionell zu verändern. Der Ausgangspunkt für die neuen Strategien sind dabei Länder, in denen die Jugendarbeitslosigkeit besonders niedrig ist. So gilt insbesondere das duale Ausbildungssystem in Deutschland als vorbildlich und wird nun von anderen europäischen Staaten wie beispielsweise Spanien übernommen.

Jugendarbeitslosigkeit in der Forschung

Die Dimensionen der Jugendarbeitslosigkeit haben die EU-Kommission dazu bewogen, verstärkt Forschungsarbeiten zu diesem Thema zu fördern. So entschied die Kommission im Jahr 2013, das internationale Verbundprojekt CUPESSE („Kulturelle Pfade zu wirtschaftlicher Selbstsuffizienz und Unternehmertum: Familienwerte und Jugendarbeitslosigkeit in Europa“) zu unterstützen, das wir am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg koordinieren und leiten. Zielsetzung von CUPESSE ist es, die Ursachen sowie die Auswirkungen von Jugendarbeitslosigkeit auf interdisziplinäre Weise zu analysieren, um



PROF. DR. JALE TOSUN forscht und lehrt seit 2013 am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg – zunächst als Juniorprofessorin und seit 2015 als Professorin. Zuvor war sie am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung und an der Universität Konstanz tätig. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit umfassen Jugendarbeitslosigkeit, Umwelt- und Energiepolitik, Risiko-Governance und internationale Regulierungsregime sowie europäische Integration. Sie koordiniert und leitet das von der Europäischen Union mit rund fünf Millionen Euro geförderte Verbundforschungsprojekt CUPESSE zu den Ursachen und Folgen von Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

Kontakt: jale.tosun@ipw.uni-heidelberg.de

Politikern eine wissenschaftlich fundierte Entscheidungsgrundlage zu liefern und Handlungsempfehlungen auszusprechen. Hierzu arbeiten Nachwuchsforscher gemeinsam mit etablierten Forschern aus verschiedenen akademischen Fachrichtungen zusammen – darunter Politikwissenschaftler, Psychologen, Soziologen und Statistiker sowie Wirtschaftswissenschaftler.

Um die Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit zu untersuchen, ziehen wir zunächst zwei übergeordnete Perspektiven heran: Zum einen nehmen wir das Angebot an Arbeitskraft in den Blick, zum anderen die Nachfrage nach Arbeitskraft. Bei Forschungsarbeiten zur Angebotsseite steht das Konzept der Beschäftigungsfähigkeit im Mittelpunkt, die durch die Qualifikationen sowie durch die Motivation und Mobilität von Arbeitskräften bestimmt wird – hierbei handelt es sich um klassische Fragen aus den Erziehungswissenschaften. Die erworbenen Fähigkeiten, Neigungen und Verhaltensweisen haben Einfluss darauf, ob und auf welche Weise junge Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Ausgehend von diesem Zusammenhang zielten die ersten europäischen Maßnahmen insbesondere darauf ab, die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu verbessern. Dabei wurde vor allem die fachliche Ausbildung gefördert. Weniger Aufmerksamkeit haben bislang persönliche Kompetenzen wie Teamfähigkeit oder Eigeninitiative erfahren. Ein Erfolg versprechender innovativer Ansatz könnte es unserer Einschätzung nach sein, jungen Erwachsenen ältere Menschen als Mentoren zur Seite zu stellen und sie dafür zu sensibilisieren, welche Bedeutung persönliche Eigenschaften für berufliche Auswahlprozesse haben. Solche Modelle für intergenerationelles Lernen wurden bereits entwickelt und könnten beispielsweise im Rahmen einer betrieblichen Ausbildung zum Einsatz kommen.

Es liegt auf der Hand, dass die wichtigste Komponente der Beschäftigungsfähigkeit der Qualifizierungsgrad ist. Die Ausgestaltung von Institutionen des Schul-, Ausbildungs- und Weiterbildungswesens geht auf politische Entscheidungen zurück. Ob die bereitgestellten Qualifizierungsangebote überhaupt in Anspruch genommen werden, hängt aber vielfach von individuellen Eigenschaften und Entscheidungen ab. So können beispielsweise Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie sowie der pädagogischen Psychologie verwendet werden, um zu erklären, wann ein erhöhtes Risiko für den Schul- oder Ausbildungsabbruch besteht. Motivation und Mobilität zu steigern, stellt somit einen weiteren Schwerpunkt der europäischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dar. Hierbei spielen kulturelle Unterschiede zwischen den nord- und südeuropäischen Staaten eine große Rolle. Unsere Vermutung etwa ist, dass vor allem der Stellenwert von Familie und sozialen Kontakten die Mobilität junger Menschen im Süden Europas einschränken könnte.

Um die Nachfrage nach Arbeitskraft zu untersuchen, betrachten wir die strukturellen Merkmale eines Beschäftigungssystems, die in der Regel das Ergebnis von wirtschaftlichen Aktivitäten und politischen Entscheidungen sind. In Wirtschaftskrisen etwa fällt die Nachfrage nach Arbeitskräften geringer aus, und es kommt zu einer Unterbeschäftigung, von der wenig qualifizierte junge Menschen besonders stark betroffen sind. Hier setzt die „Beschäftigungsinitiative für junge Menschen“ der EU an, die versucht, durch finanzielle Mittel auch die Angebotsseite zu stimulieren. Politikwissenschaftliche Ansätze können hierbei komplementär zu den Wirtschaftswissenschaften erklären, aus welchen Gründen bestimmte Instrumente im Zuge der Schulden- und Wirtschaftskrise gewählt wurden, um junge Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Um die Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit noch besser zu verstehen – und folglich sinnvolle Lösungsansätze erarbeiten zu können –, ist es zudem wichtig, Angebots- und Nachfrageseite von Jugendbeschäftigung gemeinsam



Jugendarbeitslosenquote in Nord- und Südeuropa im Vergleich (Quelle: Eurostat)

„Einer der Gründe für die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa: Bildungs- und Ausbildungssysteme agieren an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbei.“

zu betrachten. So hat jüngst eine von der Robert Bosch Stiftung in Auftrag gegebene Studie gezeigt, dass insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa auch auf ein qualifikatorisches Ungleichgewicht zurückzuführen ist: Die Arbeitgeber haben für einen Teil des angebotenen Humankapitals keinen Bedarf, da die Bildungs- und Ausbildungssysteme an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbei agieren. Daher haben Arbeitgeber wie etwa die Robert Bosch GmbH damit begonnen, spezielle Programme zu lancieren, mit denen sie versuchen, das deutsche duale Bildungssystem in südeuropäischen Staaten zu implementieren. Hierzu bilden die Unternehmen Netzwerke mit weiteren Betrieben, Nichtregierungsorganisationen, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen sowie Regionen und Gemeinden. Ein Problem, das in südeuropäischen Ländern dabei häufig auftritt, ist die mangelhafte Koordinierung der verschiedenen Initiativen, unter anderem von staatlicher Seite aus.

Nicht nur die Ursachen, auch die Folgen von Jugendarbeitslosigkeit lassen sich aus einer interdisziplinären Perspektive untersuchen. Die Politikwissenschaft kann hier – neben soziologischen Ansätzen – verdeutlichen, wie sich Jugendarbeitslosigkeit auf die Gesellschaft als Ganzes sowie auf das

Vertrauen in demokratische politische Institutionen auswirkt. Etwa kann die Hoffnungslosigkeit junger Menschen, die keine Beschäftigungsperspektive haben, dazu führen, dass sie sich extremen Meinungen und Parteien zuwenden. Weiterhin könnte eine anhaltend hohe Arbeitslosenquote darin münden, dass nicht betroffene Gesellschaftsgruppen sich im Zeitverlauf weniger solidarisch zeigen. Dieses würde den Zusammenhalt von Gesellschaften ebenfalls gefährden.

Bewertung neuer Maßnahmen

Eine disziplinübergreifende Betrachtung hilft zudem dabei, die Erfolgchancen der vergleichsweise neuen Maßnahmen einzuschätzen, mit denen die EU die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen will. Hierzu zählt unter anderem das sogenannte Flexicurity-Prinzip. Dieses will junge Menschen durch Flexibilisierungsmaßnahmen in Arbeit bringen – beispielsweise, indem die Bestimmungen zum Kündigungsschutz gelockert werden, um im Gegenzug Arbeitslose kurzfristig intensiv materiell zu unterstützen und bei der Stellensuche zu begleiten. Statt einer Arbeitsplatzsicherheit wird im Rahmen von Flexicurity eine Beschäftigungssicherheit angeboten. Auch wenn bei dieser Strategie die Sicherheit von Arbeitsplatz und Fortbildungsmöglichkeiten gewährleistet werden soll,



DR. FELIX HÖRISCH ist seit Februar 2015 als Wissenschaftlicher Assistent am Heidelberger Lehrstuhl für Politische Wissenschaft von Prof. Dr. Jale Tosun beschäftigt und arbeitet im EU-Projekt CUPESE mit. Im Sommersemester 2016 übernimmt er zudem vertretungsweise die Professur für Politische Wissenschaft. Zuvor war er am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) tätig. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen in der Politischen Ökonomie und der Vergleichenden Policy-Forschung, insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Fiskalpolitik, Unternehmensmitbestimmung und Analyse politischer Strategien.

Kontakt: felix.hoerisch@ipw.uni-heidelberg.de

YOUNG PEOPLE ON THE SIDELINES

THE WASTE OF HUMAN CAPITAL

JALE TOSUN & FELIX HÖRISCH

For many years, the EU member states have struggled to integrate young people between the ages of 15 and 24 into the job market. The problem concerns the south of Europe in particular – here, one in two potential earners in this age bracket is unemployed. By comparison: In Germany, the youth unemployment rate was 7.1 per cent in the same time period, in the Netherlands 11.1 per cent and in Austria 10.3 per cent. However, some northern European countries also have their share of young jobseekers – such as Sweden with 20 per cent. Clearly, youth unemployment is not just a problem of the southern EU states, but of Europe as a whole.

The dimensions of youth unemployment have prompted the EU Commission to support a greater number of research projects on this subject – including the collaborative research project CUPESSE, which is directed and coordinated at Heidelberg University. The objective of CUPESSE is to analyse the causes and effects of youth unemployment in an interdisciplinary setting in order to provide policy-makers with a scientific basis for decisions and develop recommendations for future action. To this end, junior researchers work together with well-established colleagues from different academic disciplines – political science, psychology and sociology, as well as statistics and economics. One focal area of the project is the evaluation of various national measures and models with regard to their success and general applicability. The researchers hope that their work will contribute to reducing youth unemployment in Europe's south to a tolerable level. ●

“Our aim is to evaluate various national measures and models with regard to their success and general applicability.”

PROF. DR JALE TOSUN accepted a junior professorship at the Heidelberg Institute for Political Science in 2013 and became a tenured professor in 2015. She previously worked at the Mannheim Centre for European Social Research and at the University of Konstanz. Prof. Tosun's work focuses on youth unemployment, environmental and energy policy, risk governance and international regulatory regimes, and European integration. She coordinates and heads the collaborative research project CUPESSE, which investigates the causes and effects of youth unemployment in Europe and is sponsored by the European Union with approximately five million euros.

Contact: jale.tosun@
ipw.uni-heidelberg.de

DR FELIX HÖRISCH has been a research assistant at Prof. Tosun's Chair of Political Science in Heidelberg since February 2015 and is also involved in the EU project CUPESSE. In the summer term of 2016, he will also serve as interim Professor of Political Science. Previously, he worked at the Mannheim Centre for European Social Research (MZES). Dr Hörisch is interested in political economy and comparative policy research, with particular focus on job market policy, fiscal policy, company codetermination and political strategy analysis.

Contact: felix.hoerisch@
ipw.uni-heidelberg.de

werden einige Akteure wie etwa die Gewerkschaften dieses Instrument voraussichtlich ablehnen. Zu erwarten ist daher, dass die einzelnen Mitgliedstaaten Flexicurity-Maßnahmen in unterschiedlicher Form umsetzen werden – je nach Verlauf der arbeitsmarktpolitischen Entscheidungsprozesse und dem Grad der Einbindung von Gewerkschaften. Die konkrete Ausbreitung und Ausgestaltung von Flexicurity-Maßnahmen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu untersuchen und zu begleiten, gehört zu den Zielen von CUPESSE.

Eines der Problemfelder, die wir darüber hinaus bezüglich des Flexicurity-Prinzips untersuchen, ist der Einfluss dieser Maßnahmen auf die individuellen Einstellungen zur Erwerbstätigkeit. Zentrale Fragen hierbei sind, ob die Flexibilisierungskomponente zu einem veränderten Risikobewusstsein führt und welche persönlichen Ressourcen insbesondere junge Menschen brauchen, um mit Beschäftigungssituationen umgehen zu können, die sie als unsicher empfinden. Wirtschafts- und organisationspsychologische Studien haben gezeigt, dass unsichere Arbeitsplätze Menschen unter Druck setzen und Angstsymptome und Depressionen auslösen können. Diesen Aspekt gilt es im Blick zu behalten, wenn derartige beschäftigungspolitische Empfehlungen der EU evaluiert und neue Handlungsvorschläge entwickelt werden sollen.

Eine weitere beschäftigungspolitische Strategie der EU ist es, die Gründung von Unternehmen als einen Weg aus der Arbeitslosigkeit zu fördern. Das Potenzial für Existenzgründungen ist bei jungen Menschen höher als in anderen Altersgruppen. Gut die Hälfte aller 15- bis 24-Jährigen erachtet laut Umfragen aus den Jahren 2007 und 2012 Selbstständigkeit für erstrebenswert. Um dieses Potenzial zu nutzen, wurde der EU-Aktionsplan „Unternehmertum 2020“ ins Leben gerufen, der folgende Punkte umfasst: unternehmerische Bildung, Herstellung eines Umfelds, in dem sich neu gegründete Unternehmen gut entwickeln können, sowie die Schaffung von Rollenvorbildern und das Erreichen einzelner Zielgruppen. Auch hier verfolgt CUPESSE einen integrativen Ansatz und analysiert, wie genau Rollenvorbilder entstehen und zu welchem Grad dieser Prozess von außen gesteuert werden kann. In diesem Zusammenhang kommen soziologische und sozialpsychologische Konzepte zum Tragen.

Zwar hat die EU-Kommission verstärkt Maßnahmen ergriffen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, jedoch gilt es zu beachten, dass die Handlungskompetenzen in diesem Bereich hauptsächlich bei den EU-Mitgliedstaaten liegen. Daher liegt ein Schwerpunkt des CUPESSE-Projektes darin, Erfahrungen mit diversen nationalen Maßnahmen und Modellen zu dokumentieren und dahin gehend zu bewerten, wie erfolgreich und übertragbar sie sind. Damit möchten wir insbesondere einen Beitrag dazu leisten, die Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas auf ein erträgliches Niveau zu senken. ●

„Unser Ziel ist es, diverse nationale Maßnahmen und Modelle zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dahin gehend zu bewerten, wie erfolgreich und übertragbar sie sind.“